

STADE

PARTEIEN

€ Nur zu Besuch: Politiker im Gefängnis

21. August 2009, 06:00 Uhr

7500 Häftlinge können in niedersächsischen Gefängniszellen untergebracht werden - doch nur 6500 Zellen werden tatsächlich benötigt.



Kai Seefried (CDU, Zweiter von links) mit Landgerichtspräsident Carl Fritz Fitting (von links) sowie Uwe Biester (CDU), Roland Zielke (FDP) in der JVA Stade.

Foto: Fabian Schindler

STADE. Das Land Niedersachsen will darauf mit einer Optimierung des Justizapparates reagieren: Künftig sollen sogenannte Justiz-Zentren mehr Flexibilität, Synergieeffekte und finanzielle Einsparungen ermöglichen. Im Rahmen dieser Umstrukturierung soll die Justizvollzugsanstalt (JVA) in Stade 2012 geschlossen und durch einen regionübergreifenden Neubau für 300 Häftlinge in Bremervörde ersetzt werden. "Der anvisierte Termin 2012 ist sehr ehrgeizig", sagte Uwe Biester, rechtspolitischer Sprecher der CDU in Niedersachsen, im Rahmen einer Besichtigung des Arbeitskreises Recht und Justiz der CDU- und FDP-Landtagsfraktion.

Was aus dem Stader Gefängnis nach der Inbetriebnahme der neuen Anlage in Bremervörde werden soll, ist, so der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried, noch ungewiss. Mehrere Projekte würden derzeit geprüft. "Sicher ist nur, dass das Gebäude nicht abgerissen wird, da es unter Denkmalschutz steht", ergänzte der Stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Roland Zielke. Mit dem Neubau in Bremervörde hofft das Land eine bessere Präventions- und Reintegrationsarbeit bei straffällig gewordenen Menschen leisten zu können. Zudem soll dadurch das Ziel erreicht werden, allen Häftlingen eine Einzelzelle bieten zu können. Die JVA in Stade sei zu klein, um einen vernünftigen Service, darunter Werkstätten und andere Lerneinrichtungen bieten zu können. Viele der Häftlinge verfügen, so Zielke, über keine Berufsausbildung. Diese sei aber notwendig, damit Häftlinge nach dem verbüßen ihrer Strafe vernünftig in die Gesellschaft eingegliedert werden können. Gelobt wurde die Arbeit am Justizstandort Stade. Das Belastungsniveau sei zwar hoch, die Qualität der Arbeit aber sehr gut. Was nicht passieren dürfe, sei eine Verschlechterung der Lage, beispielsweise durch eine Erhöhung der Arbeitszeit.(fms)